

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Datum: 21.01.2020
Ort: Raum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:34 Uhr - 19:00 Uhr
Vorsitz: Herr Bürgermeister Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Tino Fritzsche CDU-Ratsfraktion dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Dirk Fellendorf sachkundiger Einwohner 16:39 Uhr; TOP 6
Herr Jörg Vieweg SPD-Fraktion 16:44 Uhr; TOP 6

Vorzeitiges Verlassen

Herr Dr. Dieter Füsslein FDP-Fraktion 18:50 Uhr, TOP 10,
privat

Zeitweilige Anwesenheit

Herr Andreas Marschner CDU-Ratsfraktion 16:40 Uhr bis
18:30 Uhr

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/
Die PARTEI
Herr Otto Günter Boden AfD-Stadtratsfraktion
Herr Reiner Drechsel Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Bernhard Herrmann Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/
Die Grünen
Herr Detlef Müller SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/
Die PARTEI
Herr Falk Ulbrich CDU-Ratsfraktion
Herr Steffen Wegert AfD-Stadtratsfraktion
Herr Volkmar Zschocke Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/
Die Grünen

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michael Specht CDU-Ratsfraktion i. V. für
Herrn Fritzsche,
bis 18:40 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Julia Fischer
Frau Frauke Meier
Herr Thomas Schuffenhauer
Herr Dr. Jörg Schuster

Gäste

Herr Baumann	Vorhabenträger	zu TOP 8
Herr Franke	Petent	zu TOP 7.3
Herr Dr. Tscharaktschiew	Mitunterzeichner der Petition	zu TOP 8

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Alexander Kirste	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6

Schriftführerin

Frau Katrin Neumann

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Bürgermeister Stötzer informiert, dass der Lagebericht der Forstbehörde und des Forstbetriebes (TOP 5) von der Tagesordnung genommen und auf eine der nächsten Ausschusssitzungen vertagt wird.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich - vom 12.11.2019 und 03.12.2019
-

Es liegen keine Einwendungen zu den Niederschriften vor. Die Niederschriften gelten somit als genehmigt.

- 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner des Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität gemäß § 19 SächsGemO
-

Der **Ausschussvorsitzende** nimmt die Verpflichtung nach § 19 SächsGemO der fünf neu gewählten sachkundigen Einwohner auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten vor.

- 5 Lagebericht der Forstbehörde und des Forstbetriebes
-

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 2 vertagt.

6 Ergebnisbericht zum Modellversuch einer Fußgänger-Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Albert-Schweitzer-Straße und/oder Berganger mit der Rudolf-Krahl-Straße

Herr Kirste (Abteilungsleiter Abt. 66.6) berichtet vom Vor-Ort-Termin am 17.12.2019. Dabei wurde sich auf einen Modellversuch zur Errichtung einer Fußgängerampel am Knotenpunkt Albert-Schweitzer-Straße, Berganger sowie Rudolf-Krahl-Straße verständigt. Gemeinsam mit der Verkehrsbehörde wurde die Situation vor Ort nochmal geprüft. Dabei konnte festgestellt werden, dass in den Jahren von 2017 bis 2019 keine Unfälle mit Fußgängern stattfanden. Derzeit lägen weder die Voraussetzungen für einen Modellversuch noch für die Errichtung einer stationären Fußgängerampel vor. In nächster Zeit werde man das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich neu ermitteln und bewerten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Knotenpunkten Am Karbel und Berganger geprüft und sollen im Weiteren bauplanerisch beurteilt werden.

Herr Bürgermeister Stötzer gibt an, dass man zu weiteren Arbeitsständen berichten werde.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) schätzt die fachliche Beurteilung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als richtig ein. Das Prüfergebnis sei jedoch nicht akzeptabel. Er weist darauf hin, dass die Verkehrszählungen nicht nur an den Knotenpunkten, sondern im gesamten Bereich durchgeführt werden sollten, da ansonsten nicht alle Fußgänger erfasst werden würden.

7 Petitionsvorlagen an den Stadtrat

7.1 Wiederherstellung der ursprünglichen Linienführung 22
Vorlage: P-001/2020 Einreicher: Familie M. aus Chemnitz

Die Petitionen P-001/2020, P-002/2020 und P-003/2020 werden aufgrund ihrer Zusammengehörigkeit gemeinsam behandelt.

Herr Bürgermeister Stötzer schlägt vor, die Petitionen P-001/2020, P-002/2020 und P-003/2020 aufgrund ihrer Zusammenhänge gemeinsam zu behandeln. Er weist darauf, dass der Nahverkehrsplan gemeinsam mit der CVAG evaluiert und die Ergebnisse in der Informationsvorlage I-022/2019 zusammengefasst wurden. Er gibt an, dass der Petent Herr Franke anwesend sei und räumt ihm das Rederecht ein. Die anderen beiden Petenten wurden eingeladen, seien jedoch nicht erschienen.

Herr Franke (Petent) verfolgt mit seiner Petition (P-003/2020) das Ziel, die ehemalige Linienführung der Buslinie 51 wiederherzustellen. Die Haltestelle Zöllnerstraße werde seit der Umstellung nicht mehr bedient, sodass die da ansässige Betreuungseinrichtung schlecht an die Sachsen-Allee und das Bethanien-Krankenhaus angebunden sei.

Herr Kirste (Abteilungsleiter Abt. 66.6) fasst zusammen, dass mit einer Änderung der Linienführung stark in den bestehenden Nahverkehrsplan eingegriffen werden müsste. Dies wirke sich vor allem auf bestehende Linienwege und Anschlusspunkte aus. Die Prüfung der vorgeschlagenen Linienführung habe ergeben, dass es im Bereich des Busbahnhofes bis zum Wilhelm-Külz-Platz zu einer Überbedienung kommen würde. **Herr Kirste** sieht die 2017 durchgeführte Netzumstellung als erfolgreich an. Die Fahrgastzahlen würden in dem betroffenen Gebiet weiter ansteigen. Der Nahverkehrsplan sei nicht abgeschlossen, da auf zukünftige Entwicklungen reagiert werde.

Herr Franke bringt den Einwand, dass man die Linienführungen 51 und 22 tauschen könnte.

Herr Kirste erklärt, dass es nicht durch die Linien an sich, sondern aufgrund der Zahl an Fahrzeugen zu einer Überbedienung bzw. Überlagerung komme. Die Linienverknüpfungen müssten vollkommen neu aufgestellt werden. Die Wiederherstellung der alten Streckenführung würde zwangsläufig zu einer Benachteiligung der Fahrgäste führen, welche die Haltestelle Mühlenstraße nutzen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) kündigt einen Änderungsantrag seiner Fraktion an. Ziel soll es sein, der Linienführung der Linie 51 teilweise abzuweichen.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt anhand der Petitionen auf, dass eine Verschlechterung für die Fahrgäste zu verzeichnen sei. Auch wenn ein großer Aufwand dahinter stecke, sieht er eine Neuprüfung und ggf. Anpassungen als notwendig an. Er fragt, wie sich die Betroffenheit widerspiegelt und die Petitionen im Evaluierungsbericht gewichtet wurden.

Herr Kirste antwortet, dass die Petitionen gewürdigt und die enthaltenen Hinweise intensiv geprüft wurden. Wichtig sei dabei der gesamtstädtische Kontext, um für alle ein gutes Angebot im ÖPNV zu schaffen. Bei der Evaluierung sei herausgearbeitet worden, dass bspw. die Fahrzeitverlängerung ein Problem darstelle. Das Ergebnis des Abwägungsprozesses wurde mit der Informationsvorlage festgehalten.

Herr Dr. Schuster (sachkundiger Einwohner) könne die Situation der Betroffenen als auch die Stellung der Verwaltung nachvollziehen. Er fragt, wann eine Neubetrachtung angedacht sei und ob sich auch aufgrund baulicher Veränderungen neue Umsteigebeziehungen am Thomas-Mann-Platz ergeben könnten.

Herr Kirste gibt an, dass man das Netz kontinuierlich weiterentwickle und kein fester Zeitplan dahinterstehe. Es sei geplant, den Ausgang Hauptbahnhof-Ost an die Linie 21 anzubinden. Die weitere Anbindung an den Thomas-Mann-Platz befinde sich derzeit noch in der Planung.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sieht in der Informationsvorlage die Vor- und Nachteile einer Anpassung gut beschrieben. Er weist darauf hin, dass durch Anpassungen neue Betroffenheiten geschaffen und Kompromisse eingegangen werden müssen. Er spricht sich dafür aus, dem Nahverkehrsplan eine Chance zu geben. Bei einem weiteren Ausbau des ÖPNV muss dieser jedoch finanzierbar bleiben. Die Umstellung brachte viele positive aber auch einige negative Auswirkungen mit sich. Mit der Inbetriebnahme der neuen City-Bahn-Linie sieht er das Potential für weitere Netzanpassungen.

Für **Herrn Stadtrat Zschocke** seien die Argumente plausibel, jedoch liege eine konkrete Verschlechterung für viele Fahrgäste vor. Er fragt, was getan werden kann, um diese Fahrgäste nicht zu verlieren.

Herr Bürgermeister Stötzer stellt klar, dass dies nur mit großen Eingriffen in den bestehenden Nahverkehrsplan möglich sei. Die CVAG müsste entgegen der Beschlusslage handeln.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) gibt an, dass mit Umsetzung des Nahverkehrsplans viele neue Bedarfe durch Petitionen und anderen Hinweisen gemeldet wurden. Allerdings zeigen die steigenden Fahrgastzahlen, dass der neue Fahrplan nicht nur schlecht sei. Er schlägt vor, die Bedarfe zu sammeln und im Rahmen einer Fortschreibung aufzugreifen. Er zeigt auf, dass die Absicherung gleichzeitig mit einem finanziellen Mehrbedarf im ÖPNV verbunden sei. Das Thema könnte im Rahmen eines Beteiligungsformates aufgegriffen werden, in dem sich die Petenten einbringen können.

Auf die Frage von **Frau Meier (sachkundige Einwohnerin)** antwortet **Herr Kirste**, dass die Fahrgastzahlen im gesamtstädtischen ÖPNV-Netz gestiegen seien. Es werden dabei Korridore verglichen; eine linienkonkrete Einzelbetrachtung finde nicht statt. Man wolle mit den limitierten Ressourcen, das optimalste Angebot bieten.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass der angekündigte Änderungsantrag noch nicht vorliege und daher keine Abstimmung erfolgen sollte.

Herr Bürgermeister Stötzer gibt an, dass man auch ohne den Änderungsantrag eine Beschlussempfehlung zur vorliegenden Petition abgeben kann.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) schlägt vor, die Petition aufgrund des angekündigten Änderungsantrages zurückzustellen und gemeinsam mit dem Antrag in der kommenden Ausschusssitzung erneut zu beraten.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass dies formell nicht möglich sei, da die Petitionen unter TOP 2 nicht von der Tagesordnung genommen wurden. Demnach sei heute eine Empfehlung an den Stadtrat zu beschließen.

Herr Stadtrat Scherzberg sichert zu, dass der Änderungsantrag Anfang nächster Woche vorliege und schlägt vor, heute keine Empfehlung bzw. eine Stimmenthaltung abzugeben.

Herr Stadtrat Müller hält fest, dass man heute vorberaten habe und folgt dem Vorschlag, keine Empfehlung auszusprechen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität leitet die Petitionsvorlage P-001/2020 **ohne Beschlussempfehlung** an den Stadtrat weiter.

- 7.2 Wiederherstellung der Linienführung 51 von der Zeisigwaldstraße über die Straße der Nationen zum Bahnhof/Busbahnhof und zur Zentralhaltestelle
Vorlage: P-002/2020 Einreicher: Frau W. aus Chemnitz
-

Die Petition wurde unter TOP 7.1 beraten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität leitet die Petitionsvorlage P-002/2020 **ohne Beschlussempfehlung** an den Stadtrat weiter.

- 7.3 Wiederherstellung der Linienführung 51 ab Bushaltestelle Zöllnerstraße in Richtung Stadtzentrum bzw. in Gegenrichtung "Einkaufszentrum Sachsenallee"
Vorlage: P-003/2020 Einreicher: Herr Franke aus Chemnitz und diverse
Unterzeichner
-

Die Petition wurde unter TOP 7.1 beraten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität leitet die Petitionsvorlage P-003/2020 **ohne Beschlussempfehlung** an den Stadtrat weiter.

8 Petitionsvorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Petition gegen die Änderung und Einleitung eines Verfahrens zur 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz für den Bereich Walter-Janka-Straße im Stadtteil Adelsberg sowie gegen das damit in Verbindung stehende Verfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 19/11 "Adelsberg-Südabrundung"
Vorlage: P-002/2019 Einreicher: Herr Hösel aus Chemnitz und
693 Unterzeichner

Herr Bürgermeister Stötzer leitet in den Tagesordnungspunkt ein und stellt fest, dass der Petent, Herr Hösel, heute nicht anwesend ist. Er bittet darum, Herrn Dr. Tscharaktschiew, als Vertreter der Petenten, sowie Herrn Baumann, als Vorhabenträger, das Rederecht zu erteilen.

Die Ausschussmitglieder erteilen Herrn Dr. Tscharaktschiew sowie Herrn Baumann das Rederecht.

Herr Dr. Tscharaktschiew (Mitunterzeichner der Petition) erläutert den Inhalt und die Intention der Petition ausführlich. Seiner Einschätzung nach entsprechen die Planung nicht den Zielen des Regionalplanes. Ebenso fehle, auch unter Einbeziehung der demografischen Entwicklungen, der Bedarf. Er macht auf den bestehenden Leerstand aufmerksam und spricht sich gegen eine unnötige Neuversiegelung von Flächen aus. Die notwendige Infrastruktur sei in seinen Augen nicht gegeben.

Herr Baumann (Vorhabenträger) erklärt anhand von Plänen das Bauvorhaben. Er gibt an, dass während des Prozesses alle betroffenen Ämter der Chemnitzer Stadtverwaltung im Vorfeld Stellung genommen und dem Vorhaben zugestimmt haben. Er berichtet von einer starken Nachfrage junger Familien. In Vorbereitung der Planung des Bauvorhabens wurde auch die Schulnetzplanung aus dem Jahr 2018 mit berücksichtigt. In dem Gebiet wolle er grüne, ökologische und bezahlbare Eigenheimstandorte entwickeln. Aufgrund einer lockeren Bebauung käme es zu keiner großflächigen Versiegelung. Zu den Hauptkritikpunkten der Petenten gibt **Herr Baumann** an, dass diese für Baugebiete im gesamten Stadtgebiet zutreffend seien. Im Übrigen könnte eine höhere Besiedelung an dieser Stelle möglicherweise auch mit zu einer besserer Anbindung an den Nahverkehr beitragen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Petenten sowie dem Vorhabenträger für die Gegenüberstellung der Argumente. Er fragt, ob die in der bestehenden Siedlung entstandenen Straßen Privatstraßen seien und kritisiert in diesem Zusammenhang die Ausweisung von privaten anstelle von öffentlichen Straßen. Für ihn sei es ein Unterschied, ob man eine Wiese oder eine Brachfläche bebaue.

Herr Bürgermeister Stötzer führt aus, dass das sich in unmittelbarer Nähe befindliche Fichtenwäldchen auf Grund des starken Borkenkäfebefalls gerodet werden muss. Das besagte Grundstück steht in keinem Zusammenhang mit dem Bauvorhaben und hat einen anderen Eigentümer.

Gemäß der Einschätzung von **Herrn Stadtrat Herrmann** seien nur 10 % der Bäume vom Borkenkäfer befallen. Die schlechte ÖPNV-Erschließung bestätigt er.

Herr Börner (Amtsleiter Amt 67) erklärt, dass das angesprochene Waldstück nicht als solches anzuerkennen sei. Die Bäume fielen unter die Baumschutzsatzung der Stadt Chemnitz. Bei den Untersuchungen vor Ort wurde festgestellt, dass die Fichten nicht zu erhalten seien. Bei einem vorliegenden Antragsverfahren könnten die Bäume unter Ausgleich gefällt werden.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sieht aufgrund der Fragen einen Bezug zum Baugebiet „Adelsberger Höhe“. Er führt aus, dass man jede Errichtung einer Privatstraße einer Einzelfallprüfung unterziehe. Inwieweit von Privatstraßen ein Risiko ausgehe, könne er nicht abschließend beantworten. Er erklärt, dass die Bauflächen nicht im Widerspruch zum Regionalplan stehen würden. Aufgrund von Prognosen und Statistiken könne man ableiten, dass in Chemnitz eine Nachfrage nach Einfamilienhäusern bestehe. Bestandsimmobilien seien weniger attraktiv und könnten die potentielle Nachfrage nicht decken.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sei gegen den ursprünglichen Baubeschluss und sehe die Petition nicht am Gemeinwohl orientiert. Er schlägt den Kompromiss vor, nur entlang der Walter-Janka-Straße und an den Flanken zu bauen. Somit sei keine Erschließungsstraße notwendig. Ebenso möchte er damit einen wirtschaftlichen Schaden des Bauträgers abwenden.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) macht auf den einstimmig Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes aufmerksam. Für ihn sei damit die Entwicklung des Standortes entschieden. Anhand der Wohnbaustrategie könne man ableiten, dass man Eigenheimstandorte benötige und die Nachfrage vorhanden sei. Er wünscht sich, dass die Petenten und der Vorhabenträger aufeinander zu gehen und sich bei Lösungen vor Ort verständigen.

Herr Baumann sei kompromissbereit. Er könnte sich bspw. vorstellen, zwei Eigenheimreihen zu errichten und so die Grünfläche im hinteren Bereich zu erhalten.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) spricht sich gegen die Petition aus. Er gibt an, dass man das Vorhaben bis zur Bauleitplanung voran bringen sollte. Im Rahmen des Verfahrens zur Bauleitplanung könnten die Anwohner sowie Träger öffentlicher Belange ihre Einwände bei der Anhörung einbringen, über welche dann im Ausschuss bzw. Stadtrat beraten und entschieden werden kann.

Herr Stadtrat Herrmann stellt fest, dass für Kompromisslösungen Änderungsanträge zu stellen sind. Seitens seiner Fraktion ist bereits ein Änderungsantrag vorbereitet worden, welchen er einbringen möchte.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sieht durch die dichtere Bebauung auch Potential für eine bessere ÖPNV-Anbindung. Er schlägt vor, verschiedene Varianten sowie die Petition in den Bebauungsplan einfließen zu lassen und im Anschluss abzuwägen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) schließt sich an. Er warnt davor, mit Hilfe von Petitionen grundsätzliche Beschlüsse im Vorfeld auszuhebeln. Er kritisiert die negative Argumentation der Petenten hinsichtlich der Einwohnerentwicklung. Sofern die Nachfrage besteht, sollten auch Möglichkeiten geboten werden. Er stimmt zu, die Kritikpunkte im Rahmen des Bauleitverfahrens aufzugreifen und abzuwägen.

Herr Stadtrat Herrmann warnt vor der Zersiedelung der Städte und spricht sich für eine vernünftige Siedlungspolitik aus.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein bittet darum, der Petition teilweise abzuweichen, in dem man die Bebauung beschränkt. Dabei sollen keine neuen Straßen gebaut werden.

Herr Stadtrat Scherzberg macht darauf aufmerksam, dass der Beschluss die Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst und keines Bebauungsplanes. Somit könne man nicht die Anzahl an Eigenheimen festlegen. Demnach sei zum jetzigen Zeitpunkt keine Kompromisslösung möglich.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) trägt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor. Man wolle der Petition teilweise abhelfen und die Verwaltung damit beauftragen, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, die Bauleitplanung mit dem Ziel zu ändern, die weitere Bebauung entlang des südlichen Bereiches der Walter-Janka-Straße (Adelsberg Südabrundung) auf eine zulässige einreihige Bebauung mittels Ein-, Zweifamilien- und Reihenhäusern direkt anliegend zu beschränken.

Herr Stadtrat Vieweg hält eine Rede gegen und **Herr Stadtrat Dr. Füsslein** eine Rede für den Änderungsantrag.

Herr Bürgermeister Stötzer gibt an, dass der Änderungsantrag abstimmungsfähig sowie zulässig sei. Der Antrag stelle einen Kompromiss dar. Gleichzeitig gibt er zu verstehen, dass der Ausschuss bei Nichtabhilfe dem Vorhabenträger im Rahmen der Bauleitplanung Aufgaben mitgeben könne, um im Weiteren eine einvernehmliche Entscheidung treffen zu können.

Herr Baumann zeigt seine Kompromissbereitschaft abermals an und werde sich Gedanken zu einer alternativen Bebauung sowie geringen Versiegelung machen.

Herr Bürgermeister Stötzer sichert den Ausschussmitgliedern eine Vorstellung der Planung in Varianten in öffentlicher Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

Beschluss P-002/2019

Beschlussvorschlag im Sinne der Petition:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt, der Petition abzuweichen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(1 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität hilft der Petition P-002/2019 nicht ab.

9 Beschlussvorlage an den Stadtrat

Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 18/12
"Aktienstraße", Mittelbach

Vorlage: B-007/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Bürgermeister Stötzer leitet in den Tagesordnungspunkt ein. Die Vorlage wurde einstimmig durch den Ortschaftsrat Mittelbach bestätigt.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** antwortet **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen seien. Er erklärt, dass mit Hilfe der Satzung einzelne Außenbereichsflächen in die Bebauung einbezogen werden sollen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 1, 1. Sachverhalt einstimmig zu (11 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 1, 2. Sachverhalt einstimmig zu (11 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 4, 1 einstimmig zu (11 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkt 2 und 3 en-bloc einstimmig zu (11 Ja-Stimmen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

10 Informationsvorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Rückbau Gehwegunterführung Stollberger Straße vor Südring, Bauwerk 70.09
Vorlage: I-002/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Herr Bürgermeister Stötzer führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) weist auf die Arbeit der mobilen Jugendarbeit vor Ort hin. Diese versuche seit einiger Zeit, mit der Platzgruppe zu arbeiten. Er regt an, am Platz in Richtung der Paul-Berz-Straße einen Pavillon zu errichten und mit der mobilen Jugendarbeit einen Grünpflegevertrag abzuschließen. Er fragt, ob als Ersatz für die Querung der Stollberger Straße eine Ampelanlage geplant sei.

Herr Bürgermeister Stötzer nimmt den Hinweis auf.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) antwortet auf die Frage, dass keine zusätzliche Ampel geplant sei, da zwei ebenerdige Übergänge existieren.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass der Fußgängertunnel für viel Geld gebaut worden sei. Er fragt, warum das Gebiet nicht Video überwacht oder intensiver bestreift werde und ob man die Anwohner vor Ort befragt hätte.

Herr Gregorzyk sagt, dass der Tunnel, seit dem die oberirdischen Fußgängerüberwege vorhanden seien, kaum noch genutzt werde.

Herr Stadtrat Wegert spricht sich dafür aus, dass bei Stilllegung des Tunnels eine Alternative zu schaffen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass Fußgängerverkehr auch ohne weitere Ampel funktioniere. Vor Ort gäbe es keinen Unfallschwerpunkt und somit keinen Bedarf, der dies rechtfertige.

Herr Stadtrat Drechsel (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt fest, dass sich die Stadt jahrelang nicht um die Unterführung gekümmert und nicht in das Umfeld eingebunden habe.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) gibt an, dass die zwei errichteten Übergänge zu einem Rückstau auf der Stollberger Straße führen würden.

Herr Gregorzyk erläutert, dass sich seit dem Bau des Tunnels der Verkehr auf der Stollberger Straße deutlich verringert habe und somit keine Notwendigkeit mehr bestehe, den Tunnel weiter zu unterhalten. Die Stollberger Straße sei auch von einer Bundesstraße auf eine Gemeindestraße reduziert worden.

Herr Stadtrat Vieweg erklärt, dass das ansässige Bürgernetzwerk einige Anwohner befragt habe. Viele würden die Unterführung nicht nutzen, da sie sich fürchten. Seiner Meinung nach sprechen alle Argumente dafür, den Tunnel zu verfüllen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt zustimmend an, dass eine Querung über die Mittelinsel die bessere Lösung sei und damit der Verkehr flüssiger als mit einer Ampel ist.

11 Verschiedenes

11.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Seitens der Verwaltung liegen keine Informationen vor.

11.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) hat aufgrund des Jahresabschlusses 2018 festgestellt, dass das Infrastrukturvermögen der Stadt wertmäßig zurückgegangen sei. Er wünscht sich, dass mit Blick auf die kommende Haushaltsplanung im Vorhinein Prioritäten gesetzt und beraten werden.

- 12 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion)** bestimmt.

05.02.2020
Datum *Stötzer*
Michael Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

17.02.2020
Datum *Detlef Müller*
Detlef Müller
Mitglied
des Ausschusses

21.02.2020
Datum *Steffen Wegert*
Steffen Wegert
Mitglied
des Ausschusses

05.02.2020
Datum *Hädicke*
Marcus Hädicke